

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 28

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zelen Teile verbindlichen Form organisiert. Diesen steht nur noch die administrative Befugnis (d.h. Verpflichtung) zu, die zugeteilten Planziffern und Budgetkredite innerhalb ihres Gebietes zu verteilen.

Gesetzlich wäre den Unionsrepubliken die Haltung von eigenen *Militärformationen* gestattet, wobei aber Kommando und Organisation grundsätzlich bei der Union liegen.

Aussenhandel und Staatssicherheitsdienst sind ausschliesslich Unionsangelegenheiten. Obwohl die Republiken seit 1944 im Sinne der sowjetischen Gesetzgebung als selbständige Subjekte des Völkerrechts gelten, steht ihnen selbstverständlich keine eigene diplomatische Vertretung zu, da sie durch die Union vertreten werden.

... und in der Verwaltung

Die Zentralisierung der sowjetischen Staatsverwaltung erfolgt nach sowjetischer Terminologie in zwei Formen: derjenigen der *absoluten* und derjenigen der *relativen* Zentralisierung (Leichter verständlich wäre vielleicht die sinngemäss übertragene Unterscheidung von unmittelbarer und mittelbarer Zentralisierung). Das gilt sowohl für die Ebene der Union als auch für jene der Republik. Auf der ersteren unterscheidet man als Formen der Ministerien die «Allunionsministerien» (Organe der absoluten Zentralisierung) und die «unionsrepublikanischen Ministerien» (Organe der relativen Zentralisierung). Die ersteren arbeiten auf dem ganzen Gebiet der UdSSR direkt durch selbstbestimmte, von der republikanischen Organisation unabhängige Stellen, die letzteren lassen ihre Direktiven mittelbar durch die Behörden der Republiken verwirklichen. Der Unterschied ist aber in seiner Auswirkung unerheblich, und die Sowjetliteratur selbst spricht von einer «praktisch einheitlichen Rechtsinstitution der Unionsministerien». Daneben gibt es verfassungsmässig bestimmte weitere «absolut zentralisierte» Stellen: Komitee für Staatssicherheit, Staatsbank, Zentrale Statistische Verwaltung, ferner Koordinationsstellen für Planung, Wissenschaft, wirtschaftliche Aussenbeziehungen usw., dann die vom Unionsministerrat aufgestellten Organe wie Oberverwaltung für Arbeitskraftreserven, Telegraphenamt, Juristische Kommission (in Ablösung des aufgebotenen Justizministeriums), Sowjet für religiösen Kultus u. a.

Das föderative Prinzip vertreten selbstverständlich die Behörden der «relativen Zentralisierung». Da sie praktisch dem «absoluten» System angegliedert sind, wird der föderative Gedanke direkt entwertet. Die unionsrepublikanischen Ministerien der UdSSR haben in den verschiedenen Republiken ihre gleichnamigen Organe (dann nicht mehr der UdSSR sondern der betreffenden SSR), durch welche sie ihre Anordnungen ausführen lassen. Daneben gibt es auch andere Unionsstellen (Komitees, Sowjets, Kommissionen), welche ihre Tätigkeit auf dem ganzen Unionsgebiet mittelbar über die unionsrepublikanischen Organe ausführen lassen.

In einem zweiten Teil werden die administrative «Dezentralisierung der Industrie», ferner allgemein wirtschaftliche und kulturelle Aspekte der Nationalitätenfrage behandelt.

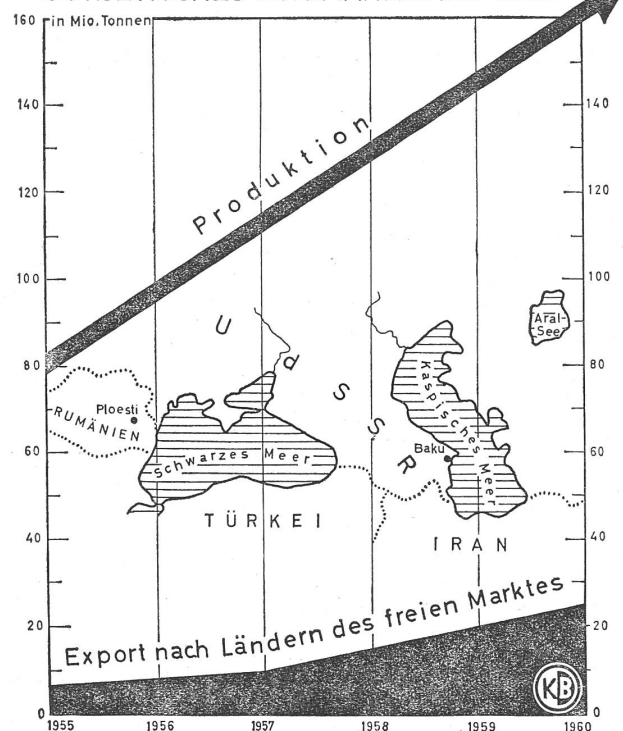
Die gesteigerte Oeloffensive des Ostblocks

Das neue sowjetisch-brasilianische Handelsabkommen, das die Einfuhr von sowjetischem Petrol und Dieselöl gegen verschiedene Agrarprodukte vorsieht, ist ein Beispiel mehr für die Oeloffensive des Ostblocks. Sie hat damit nach Kuba auch im freien Teil des lateinamerikanischen Kontinentes einen Stützpunkt gewonnen, der nicht unterschätzt werden kann, wenn auch die vertraglich festgelegten Mengen noch nicht allzu gross sind. Die weitere Entwicklung zeichnet sich schon durch die Moskauer Ankündigung ab, dass die UdSSR in Brasilien Raffinerien bauen und ausrüsten wird.

Dieser Punkt ist bezeichnend für das sowjetische Vorgehen. Denn Staaten, die zur Verarbeitung von sowjetischem Oel eingerichtet sind (die stark schwefelhaltigen Produkte bedürfen besonderer Verfahren), bleiben von der Nachlieferung abhängig.

Der Bau von Raffinerien nimmt in der Entwicklungshilfe des Ostblocks nicht umsonst einen so gewichtigen Raum ein, sichert er doch nach durchgeführter «Eroberung» eines Absatzgebietes den Fortbestand und Wiederaufbau der Positionen. Brasilien ist nur das neueste Beispiel der östlichen Oeloffensive, die sich immer deutlicher abzeichnet. In Europa fand sie ihre bisher deutlichste Ausprägung durch den Vertrag mit der italienischen ENI (siehe KB Nr. 8), wobei die Pipeline nach Genua über die Bundesrepublik und die Schweiz führen wird. Westdeutschland, Schweden und Finnland nehmen wachsende Importe aus der Sowjetunion auf, während bei Frankreich noch viel von der Entwicklung um die Sahara abhängen wird. Nach Grossbritannien dürften, wie

SOWJETISCHES u. RUMÄNISCHES OEL



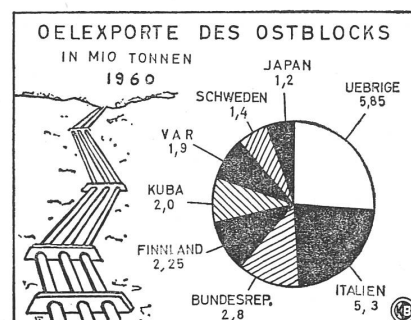
Bezeichnender noch sind die sowjetischen Angebote in Asien, die klare Dumpingformen annehmen, was nicht zuletzt für die klassischen Oelproduzenten im Mittleren Osten von Bedeutung sein wird. Indien konnte sowjetisches Oel weit unter den Weltmarktpreisen annehmen. Japan, das erst gerade einen Dreijahresvertrag für vergrösserte Einfuhr unterzeichnet hat, sucht bereits eine nochmalige Ausweitung der Lieferungen zu erreichen (unter anderem übrigens, um nach China weiter zu verkaufen). Die Entwicklungsländer sind wenigstens potentielle Absatzgebiete.

Die immensen sowjetischen Erdölreserven — immer neue Felder werden entdeckt — werden einen weiteren steilen Produktionsanstieg und die entsprechenden Exportangebote bringen. Der Siebenjahresplan sah zwischen 1958 und 1965 eine Verdoppelung der Erzeugung von 120 Millionen Tonnen jährlich vor, und es sieht so aus, als würden die Planziele eher noch übertroffen werden. Der Export, der gegenwärtig bei 23 Millionen Tonnen liegt, soll auf nicht weniger als 40 Millionen Tonnen pro Jahr gesteigert werden. Unsere Darstellungen geben einen Hinweis auf Entwicklung und Aufteilung der Exporte nach den Ländern des freien Marktes.

In dem kürzlich unterzeichneten brasilianisch-sowjetischen Handelsabkommen, wurde der Warenaustausch in beiden Richtungen in 40 Millionen Dollar festgelegt.

Die Sowjetunion liefert: 300 000 Tonnen Rohöl, 310 000 Tonnen Dieselöl, 200 000 Tonnen Weizen.

Brasilien liefert: 20 000 Tonnen Kaffee, 5200 Tonnen Baumwolle, 3500 Tonnen



sich aus den jüngsten Handelsgesprächen zwischen Moskau und London ergab, in nächster Zeit noch keine wesentlich gesteigerten Importe gehen.

Orangen. Ferner sind gegenwärtig noch Verhandlungen über den Export von Kakao-Bohnen an die UdSSR im Gange.

In der Sowjetunion sollten bis zum 17. Oktober 1961 an der Strecke Brody-Uzhorod noch 184 Kilometer Rohrleitungen gelegt werden. Die termingerechte Beendigung dieser Arbeiten scheint laut neulich eingetroffenen Berichten gefährdet zu sein, weil vorläufig nicht genügend Rohre zur Verfügung stehen. Als Grund wird der in den ukrainischen Rohrfabriken herrschende Rohstoffmangel angegeben, der sich daraus ergeben hat, dass die «Worochilow-Werke» die Erzeugung des «14-HGS» Walzstahls wegen Silikonmangel und Ferrochrommangel vorübergehend einstellen mussten.

Aussenbeziehungen

SBZ

Defensive im Westkontakt

Eine offizielle Stimme der kommunistischen Ideologie bestätigte es kürzlich: Der Osten propagiert wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit dem Westen, wenn er sie zu seinen eigenen Zwecken lenken kann, fürchtet sie aber, wo er die Lenkung auf der Gegenseite spürt.

An eine mögliche Wirksamkeit der Freien Welt durch solche Kontakte zu glauben und sie durch Koordination anzustreben, ist kein utopistisches Bemühen, dafür gibt es auch östliche Zeugnisse. Sie sind relativ selten, weil die einheitlich nach politischen Gesichtspunkten organisierte kommunistische Aktion üblicherweise von den Beziehungen mit dem heterogenen «kapitalistischen Lager» grössere Vorteile als Nachteile erwartet.

Nun zeigt ein 14 Seiten langer Artikel in der Juni-Nummer der Ostberliner «Einheit» deutlich, wie schon die blosse Vermutung einer westlichen Gegenwirkung durch Wirtschafts- und Kulturbeziehungen Angst vor «subversiven» Einflüssen auslöst, die der Kommunismus seinerseits in seinem weltweiten Vorgehen als selbstverständliches Mittel benutzt.

Das Zentralkomitee-Organ der SED, führende ideologische Monatszeitschrift der SBZ und offizielles Sprachrohr für die marxistisch-leninistische Theorie, beschäftigt sich nebst einer langen Untersuchung über Kennedys Aussenpolitik auch ausführlich mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Polen. Sie wird, wohl auch an die Adresse des volksdemokratischen Nachbarn, als Ausfluss des amerikanischen Imperialismus gebrandmarkt.

Wie weit die trotz aller «sozialistischen Freundschaft» bestehende Animosität zum Nachbarland mit seinen umstrittenen Grenzgebieten den Schreiber mehr oder weniger bewusst besonders deutlich werden liessen, bleibe hier dahingestellt. Seine Ausführungen sind unter dem Aspekt der West-Ost-Kontakte interessant genug:

«... Eines der ausgesprochenen aussenpolitischen Ziele des Kennedy-Regimes ist die Aufspaltung des sozialistischen Lagers, die Trennung der sozialistischen Länder Mittel- oder Osteuropas von der Sowjetunion. Es ist im Grunde nichts anderes als eine Variante der gescheiterten Dulles'schen Politik des «roll back», des Zurückrollens der sozialistischen Länder, obwohl Kennedy selbst diese Dulles'sche Politik

als töricht und abenteuerlich in Grund und Boden verdammt...

Kennedy hat eine merkwürdige Vorliebe für die «polnische Frage». Schon als Senator hat er sich immer wieder mit ihr beschäftigt, und auch als Präsident seine Aktivität in dieser Richtung fortgesetzt. Polen ist dabei — wie gesagt — für Kennedy eine Art Prüffeld für seine Vorstellung, die USA könnten durch geeignete wirtschaftliche Massnahmen, durch «Hilfsaktionen», durch Lieferungen amerikanischer Ueberschusswaren an sozialistische Länder usw. das sozialistische Lager aufspalten, die volksdemokratischen Länder von der Sowjetunion trennen und sie unter amerikanischen Einfluss bringen.

Präsident Kennedy stellt sich — nach seinen Aeusserungen — die Sache so vor: Volkspolen und auch andere sozialistische Länder erhalten amerikanische «Wirtschaftshilfe». Dafür müssten zuvor noch in den USA die gesetzgeberischen Voraussetzungen geschaffen werden. Durch diese gezielte «Wirtschaftshilfe» würden die antisozialistischen Kräfte in diesen Ländern belebt und mobilisiert und die Regierungen allmählich in einen Gegensatz zur Sowjetunion und zu den andern sozialistischen Ländern getrieben. Die Zahlungen für diese amerikanischen «Hilfslieferungen», die natürlich nicht gratis er-

folgen sollen, sollten jeweils in Landeswährung erfolgen und den amerikanischen Dienststellen zur Verfügung stehen. Das heisst mit anderen Worten: Die amerikanischen Botschafter in volksdemokratischen Ländern würden bald über grosse legale Fonds verfügen, die sie zur Korrumpierung und Unterminierung der entsprechenden Länder und ihrer sozialistischen Entwicklung zu verwenden hätten. Auch der Professoren- und Studentenaustausch soll in den Dienst dieser Politik gestellt werden...

Selbstverständlich folgt aus solchen Stimmen nicht, dass der Westen aus beliebigen Kontakten mit dem Osten Vorteile zu erwarten hat. (Wie weit dient materielle Hilfe etwa dem Regime? usw.) Aber das Beispiel zeigt besonders gut, wie der Kommunismus in dieser Hinsicht eine zielbewusste Politik der Freien Welt fürchtet und zu fürchten hat. Und was er von der Koexistenz tatsächlich hält.

Ein neuer Ausdruck der kommunistischen Gebrauchsterminologie gilt dem westlichen Wirken in Asien und Afrika: Der «Neokolonialismus». Verstanden wird darunter die westliche Entwicklungshilfe an unabhängig gewordene ehemalige Kolonien. Der aus der ideologischen Literatur bekannte Ausdruck ist heute zum Massenschlagwort

Mexiko, das gemässigte Mittelamerika

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. Der Präsident ist auf sechs Jahre wählbar. Parlament aus Senat und Deputiertenkammer. Die Abgeordneten werden für eine Dreijahresperiode gewählt.

Wahlberechtigt alle Bürger ab 18 Jahren (Verheiratete ab 18 Jahren). Wehrpflicht mit einem Jahr Militärdienst.

Mexiko besteht aus 29 Staaten (mit Parlament und Gouverneur) dem hauptstädtischen Bundesdistrikt und zwei Territorien. Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Adolfo Lopez Mateos seit 1958.

Parteien: Die Regierungspartei «Partido Revolucionario Institucional» (PRI) hat 152 der 162 Sitze im Abgeordnetenhaus inne. Weitere Parteien: Partei der Nationalen

Aktion (Partido Acción Nacional, katholisch-konservativ; die rechtsgerichtete Partido Popular und die Partido Autentico de la Revolución Mexicana).

Einwohner: 35 Millionen. Bevölkerung: Ueber die Hälfte Mestizen, dreissig Prozent Indianer. Die Weissen (etwa 15 Prozent) sind meist spanischer Herkunft. Nur wenig Neger.

Staatsprache ist spanisch, daneben indianische Sprachen und Dialekte.

Religion: Ueberwiegend römisch-katholisch. Völlige Trennung von Kirche und Staat.

Erziehung: Schulpflicht zwischen dem 6. und 15. Lebensjahr, das bis vor kurzem noch stark verbreitete Analphabetentum nimmt ab.

Sozialwesen gut ausgebaut.

Städte: Mexiko Hpst., vier Millionen Einwohner), Guadalajara, Monterrey, Ciudad Juarez, Veracruz.

Wirtschaft: Hauptsächlich Agrarland, daneben grosser Bergbau. Mexiko ist grösster Silberproduzent der Welt; für Gold besteht Ausfuhrverbot.

Export: Baumwolle, Kaffee, Blei, Zink, Kupfer, Erdöl, Silber. Wichtigster Handelspartner sind die USA.

Mitgliedschaft: Uno, OAS, Lateinamerikanische Freihandelszone.



geworden. Trotz seiner aggressiven und leider recht erfolgreichen Verwendung ist er deutlich der Furcht entsprungen, die vom Westen geförderte Befreiung der jungen Völker könne der kommunistischen Agitation in diesen Gebieten Boden entziehen. Der Kommunismus wünscht die Unabhängigkeit der jungen Nationen dann, wenn sie durch eine kommunistisch beeinflusste Revolution herbeigeführt wird. Was er zu befürchten hat, ist die Entwicklung zur Partnerschaft mit der freien Welt.

Landwirtschaft

CSSR

Weiter als die UdSSR

geht die Tschechoslowakei mit ihrem jetzt durch alle Instanzen gelaufenen Musterstatut für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, das bereits die direkte Handhabe zur endgültigen Abschaffung der Nebengewirtschaften bietet.

Laut Artikel 40 werden die Mitgliederversammlungen der Genossenschaften ermächtigt, die noch privat bebauten Hofstellen der Kollektivgüter aufzuheben. Dass diese Massnahme möglichst rasch erwünscht ist, zeigt die Formulierung des vorhergehenden Artikels, wo es im zweiten Absatz heisst: «Jene Genossenschaften, bei welchen die Bedingungen zur Wirtschaftsführung ohne Nebengewirtschaft noch nicht erfüllt sind, teilen den einzelnen Mitgliedfamilien zur Deckung ihrer persönlichen Bedürfnisse Nebengewirtschaften zu.» Die Maximalgrösse der Hofstelle wird (einschliesslich Obst- und Gemüsegarten) auf eine halbe Hektar festgelegt; auch der persönliche Viehbestand wird eingeschränkt (eine Kuh, ein bis zwei Schweine usw.).

Die CSSR ist nun das erste kommunistische Land, welches in den Statuten eine Möglichkeit zur Abschaffung der Nebengewirtschaft vorsieht. Das gegenwärtig gültige Musterstatut der UdSSR ermächtigt lediglich die Kolchosen, die Grösse der Nebengewirtschaften selbst festzustellen. Das Bestreben der Partei geht freilich auch dort auf Vollkollektivierung (siehe Untersuchungen, KB Nrn. 2 und 13), aber unterdessen zeigen sich in der Praxis geradezu rückläufige Tendenzen (Memo, KB Nr. 26). In der CSSR fällt seinerseits das Inkrafttreten der neuen mustersatellitenhaften Statuten gerade in die Periode der grossen personellen und administrativen Neuerungen (KB Nr. 26), die vor allem das unbefriedigende Agrarwesen betrafen. Die Praxis (einzig rentierender Teil der Kollektivgüter ist häufig genug die Nebengewirtschaft) dürfte entweder eine sehr freie Interpretation der neuen Regelung durch die LPGs und ihre Mitglieder bringen oder einen weiteren Rückschlag der Produktion. Der Schluss ist nach den sowjetischen Erfahrungen berechtigt. Auch die Tatsache, dass die übrigen Volksdemokratien vorläufig noch die Nebengewirtschaften propagieren, um den zwangskollektivierten Bauern die Produktionslust nicht ganz zu nehmen (Polen ermuntert sogar — interimistisch — das Privatbauerntum), scheint das «fortschrittliche» Vorgehen Prags geradezu zu desavouieren.

Der jetzt in den Westen gelangte Wortlaut der Musterstatuten bestätigt die Erwartung, dass sie in erster Linie gegen den Fortbestand vom privaten «Bedarfsanbau» in den Kolchosen gerichtet sein

würden. Angenommen worden war die Regelung bereits vom «Nationalen Kongress der einheitlichen LPGs» am 26. März. Genau einen Monat später wurde sie durch Regierungsbeschluss bestätigt, aber bis zur offiziellen Verkündung durch das Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und der Veröffentlichung im «Amtsblatt» dauerte es noch eineinhalb Monate. Nun liegt es an den einzelnen LPGs, «auf Grund des Musterstatuts ihre eigenen Statuten auszuarbeiten». Sie haben darin völlige Freiheit, solange sie sich nur strikte an die festgelegten, detaillierten Grundsätze halten.

Bestätigte Justizwillkür

Auch über die seit ersten Juli in der Tschechoslowakei tagenden «örtlichen Volksgerichte» (siehe KB Nrn. 18 und 19) ist jetzt Näheres bekannt geworden, und zwar ebenfalls im Sinne einer Bestätigung. Die gesellschaftliche (das heisst von der Partei unmittelbar kontrollierte Gerichtsbarkeit) erhielt eine Festigung, welche die CSSR einmal mehr in Front der Satellitenentwicklung bringt.

Oder, wie es «Uj Szo» (Bratislava) ausdrückt:

«Die Errichtung der örtlichen Volksgerichte liefert nur einen Beweis mehr dafür, dass im sozialistischen System die staatlichen Funktionen stufenweise den gesellschaftlichen Organisationen übertragen werden, damit die Werktätigen in jenen Fragen die Entscheide selbst fällen, welche vorher ausschliesslich in die Befugnisse der Staatsorgane zugewiesen waren.»

Die Volksgerichte haben Strafkompetenzen von Busse bis zu 500 Kronen, Lohn-

abzug bis zu 15 Prozent während dreier Monate, Versetzung auf einen andern Arbeitsplatz und Arbeitserziehung bis zu sechs Monaten. All dies für Verletzung der Arbeitsdisziplin oder der Normen des sozialistischen Zusammenlebens.

Die tschechoslowakischen örtlichen Volksgerichte sind die einzigen Kameradschaftsgerichte im kommunistischen Bereich, welche als Kettenglied des staatlichen Gerichtssystems tätig sind. In allen übrigen Staaten wird der gesellschaftliche Charakter dieser Institution bewahrt. Eine gewisse Ausnahme bildet die Sowjetunion, wo die Kameradschaftsgerichte in zwei Formen wirken: als Kameradschaftsgerichte im engen Sinne des Wortes und als Staatsbürgerversammlung in Betrieben oder Dörfern. Die letzteren sind eigentlich ein Kettenglied der Staatsverwaltung, ihre Beschlüsse (Deportation bis zu fünf Jahren) müssen vom Rayonsowjet gutgeheissen werden.

Aussenhandel

Ungarn

Comecon con K

Ungarn ist mit seiner Rolle im Comecon so unzufrieden, dass sich Radio Budapest über mangelnde Zusammenarbeit wegen «falscher, dogmatischer Einstellung zum Problem der Industrialisierung» beklagte. Tatsächlich kommt Ungarn (wie auch insbesondere Polen und andere Satelliten) bei der jetzt intensiv geförderten (siehe KB Nr. 26) Comecon-Planung schlecht weg. Beispielsweise wird, wie das SOI erfährt, die grosse Radio-Industrie «Orion» ihre Produktion einstellen müssen, weil laut

Binnentourismus

Sowjetunion

Autostop-Coupons

Eine dreijährige Erfahrung der Polen wollen sich nun auch die Sowjets zugute kommen lassen: Den organisierten Autostop. Die «Sowjetskaja Rossija» schreibt darüber:

«Vom Leningrader Touristen- und Ausflugsbüro werden diese Saison erstmals rote Autostopp-Büchlein ausgegeben. Man kann sie in den Touristenklubs und in den freiwilligen Sportgesellschaften beziehen. Der Tourist kauft spezielle Coupons, welche 2 Kopeken für 10 km kosten und bezahlt damit den Wagenlenker für die mitgeführte Strecke. Vom 15. Mai bis zum 15. Oktober wird dieses rote Büchlein eine magische Kraft besitzen. Diesen

Herbst, nach Abschluss der Touristensaison, werden die erzielten Resultate geprüft. Jene Wagenlenker, welche am meisten Touristen mitgenommen haben und somit am meisten Coupons eingenommen haben, werden wertvolle Geschenke als Belohnung bekommen, alle anderen Wagenlenker, welche auch nur einen Coupon haben, nehmen an einer Lotterie mit wertvollen Preisen teil.»

In Polen ist der Autostoppbetrieb seit 1958 nach ähnlichem Ausweis- und Coupon-system reglementiert. Erst für diese Saison wurde die betreffende Verordnung neu formuliert und insbesondere das Mindestalter der organisierten Autostopper heraufgesetzt. In der UdSSR ist die Institution neu. Wie durch die Reproduktion ersichtlich, ist sie nicht nur von der «Sowjetskaja Rossija» sondern auch von «Krokodil» begrüsst worden.

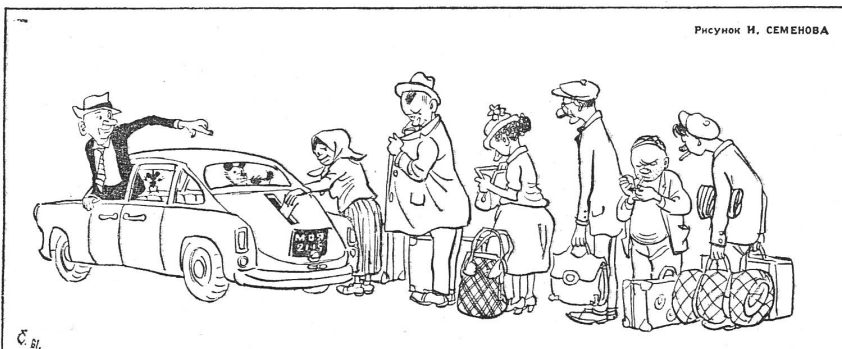


Рисунок И. СЕМЕХОВА

Spezialisierungsplan die Erzeugung von Radioapparaten Bulgarien überlassen werden soll (das dafür übrigens noch kaum genug ausgerüstet ist), während sich Ungarn auf Fernsehapparate zu konzentrieren hat.

Weiter muss sich Ungarn zu erhöhten Lieferungen seiner Exportprodukte an China, einen bei der jetzigen Versorgungslage ohnehin undankbaren Aussenhandelspartner, verpflichten und muss die Exporte nach den beschumpften aber zweifellos interessanteren kapitalistischen Märkten einschränken. Um die freier werdenden westlichen Absatzgebiete werden sich sowjetische Angebote kümmern.

Diese durch das sowjetische Diktat im Comecon-Rahmen gekennzeichnete Sachlage (Selbstverständlich bestehen daneben auch noch »objektive« Schwierigkeiten von Koordination und Organisation) dürfte wesentlich daran schuld sein, dass bei den Volksdemokratien oft so wenig wirkliches Interesse an der Durchführung allzu sorgfältig aufeinander abgestimmter Programme zu bestehen scheint.

BRIEFE

Falsche Härte

J. M. in Riehen, zum Leitartikel »Resonanz« in KB Nr. 24.

Die Zürcher Regierung hat dem russischen Violinisten Oistrach verboten, in Zürich aufzutreten. Begründung: Die kommunistischen Machthaber wollten das Auftreten Oistrachs für ihre Propaganda missbrauchen.

Gewiss steht alles, was der kommunistische Osten tut und zulässt, im Dienste der kommunistischen Propaganda. Nur allzuoft gelingt es dieser, unsere Dummheit auszunützen. Worin besteht im Falle Oistrachs die von den Russen ausgenützte Dummheit? Sie besteht darin, dass wir die Leistungen eines Menschen mit denjenigen des politischen Systems identifizieren und so den russischen Geiger Oistrach als Vertreter des kommunistischen Systems betrachten. Die Leistungen eines einzelnen gelten also als Ergebnis des herrschenden gesellschaftlichen Systems. Dies ist eine marxistische Denkweise. Die russische Propaganda rechnet also damit, dass marxistisches Gedankengut in das Denken des durchschnittlichen westlichen Menschen eingeprägt ist. Der Zürcher Entscheid bestätigt diese Rechnung.

Wäre es nicht besser, wenn wir den Menschen und Violinisten Oistrach neidlos anerkennen würden, ohne aus seinem Schaffen Schlüsse auf den Wert des politischen Systems zu ziehen, in dem er leben muss? Ist es nicht die Gefahr der Antikommunisten, dass sie selbst das marxistisch-leninistische Denken, vor allem die leninistische Bedenkenlosigkeit im politischen Kampfe übernehmen? Dann besteht der Unterschied zwischen dem Kommunisten und dem Antikommunisten nur noch darin, dass der Kommunist als Ziel seines Kampfes die Weltrevolution, der Antikommunist aber als Ziel seines Kampfes die Verhinderung dieser Weltrevolution betrachtet.

Es ist richtig, dass der Westen aus seinem Gedankengut heraus den Menschen und Violinisten Oistrach neidlos anerkennen soll. Tun wir auch. Damit ist jedoch das Problem in keiner Weise schon gelöst. Das sowjetische Regime, das eben die persön-

lichen Leistungen mit der kommunistischen Ideologie identifiziert, wird dem eigenen Volk eine Rechtfertigung des Kommunismus auf Grund der »neidlosen Anerkennung« Oistrachs vorgaukeln. Und das lähmt die Widerstandskraft unserer Verbündeten im Ostblock.

Nochmals: Wir sind für kulturelle Beziehungen, sofern Leistungskonkurrenz unter gleichen Voraussetzungen möglich ist. Wir werden den Besuch eines Auftritts von Oistrach auch unsern Lesern empfehlen.

Curriculum der Woche

PAVOL MAJLING

Von Novotny zum Leiter des neuerrichteten Zentralamtes für staatliche Kontrolle und Statistik (siehe KB Nr. 26) ernannt. Majling ist Mitglied des slowakischen Politbüros und Minister ohne Portefeuille in der tschechoslowakischen Regierung. Seine bisherige Karriere scheint in erster Linie auf administrative Fähigkeiten zurückzuführen zu sein. In der Partei gilt er als »Technokrat«. Er war seit einiger Zeit als aufstrebende Persönlichkeit seines Landsteils bekannt. Die Berufung eines Slowaken auf den wichtigen wirtschaftspolitischen Kontrollposten widerspiegelt die gegenwärtige Tendenz, diesen Volksteil stärker in die gesamtsstaatliche Planung einzubeziehen und zu integrieren.

Geboren am 13. Januar 1911 in Rudlova (Slowakei). Arbeitete bis zum Zweiten Weltkrieg in untergeordneten Stellen auf Lokalbänken und Sparkassen. Nahm 1944 am slowakischen Aufstand teil und trat der Slowakischen Kommunistischen Partei bei. Nahm nach dem Krieg seine Banktätigkeit wieder auf, die ihn 1950 bis zum Posten des Direktors der tschechoslowakischen Staatsbank in der Slowakei führte. Darnach hatte er verschiedene ökonomische Aufsichtsfunktionen in der Partei. Im November 1951 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Administrativausschusses für die nationalisierten Wirtschaftsfonds.

Majling war slowakischer Finanzkommissar von Mai 1953 bis August 1954, worauf er Planungskommissar wurde. Seinen Ministerposten erhielt er 1960. Dem slowakischen Politbüro gehörte er seit 1954 an und ist seit 1958 Mitglied des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC).

wenn im Austausch ein westlicher Künstler von ähnlichem Format in der Sowjetunion auftreten darf. Wenn solche gleiche Bedingungen nicht gewährt werden, verzichten wir auf den Genuss von Oistrachs Violinspiel und glauben, dem abendländischen Gedankengut dadurch treuer zu dienen.

Wenn der Antikommunist unter dem Deckmantel seiner Ablehnung des totalitären Systems mit gleich absolutem Anspruch für etwas zu kämpfen beginnt, dann wird er selber totalitär und intolerant. Seine Toleranz ist nur dann gegeben, wenn er kompromisslos gegen den Totalitarismus zur Verhinderung der »Weltrevolution« kämpft, im übrigen aber jedem Menschen die Freiheit lässt, nach seiner Fassung selig zu werden.

Peter Sager

Gebrauchsterminologie im Osten

Partei-Organ

Demokratischer Zentralismus

Das grundlegende Prinzip des strukturellen Aufbaus von Partei und Staat. Demokratischer Zentralismus bedeutet: 1. Die Wahl aller Parteibehörden von unten nach oben. 2. Periodische Rechenschaftspflicht der Parteibehörden vor ihren Wählern, beziehungsweise der Parteioorganisation. 3. Strenge Parteidisziplin und völlige Unterstellung der Minderheit unter die Mehrheit. 4. Unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse höherer Parteigremien für die niedrigeren. (Artikel 21 des Statutes der KPdSU.) Ueber den Demokratischen Zentralismus im föderativen Staat siehe Untersuchung.

Das polnische, tschechoslowakische und sowjetische Parteistatut nehmen zu diesem Begriff noch die kollektive Führung hinzu, ohne aber das Prinzip der individuellen Verantwortung zu negieren.

Beim Kompetenzvergleich zwischen den einzelnen Organen macht sich weniger die Demokratie als der Sozialismus geltend. Maxime: Zentralisierte Führung und dezentralisierte, operative Tätigkeit.

Parteikongress

Das höchste (legislative) Organ der KP. Es gibt ordentliche Kongresse (wenigstens alle vier Jahre) und ausserordentliche Kongresse, einberufen entweder vom Zentralkomitee oder von einem Drittel der an der letzten Tagung vertretenen Mitglieder. Die Normen, auf wieviel Parteimitglieder ein Delegierter zu entfallen hat, werden vom ZK je nach Umständen festgelegt. Der Kongress bestätigt den Rechenschaftsbericht des ZKS, der Zentralen Revisionskommission und den übrigen Zentralorganen, bestimmt die »taktische Linie« der Partei in den grundlegenden politischen Problemen und wählt die Zentralbehörden (Art. 29 bis 31).

Zentralkomitee

Das ZK führt die Partei als Exekutivkörper in der Periode zwischen zwei Parteikongressen und muss seine Tätigkeit vom nächsten Kongress bestätigen lassen. Seine Organe sind: Plenarsitzung (mindestens halbjährlich), Präsidium (früher Politbüro, wie auch heute noch in den Satelliten), Sekretariat, Komitee für Parteikontrolle. In der Periode zwischen zwei Plenarsitzungen führt das Präsidium die Partei. Das Sekretariat leitet die administrative (»operative«) Arbeit der Partei. Seine Hauptaufgabe besteht in der Kontrolle über die Ausführung der Parteibeschlüsse und Auswahl der Parteifunktionäre. Das ZK ist zur uneingeschränkten Ersetzung der ausgeschiedenen ZK-Mitglieder befugt. (Art. 32 bis 34 und 36.)

Das Zentralkomitee hält die eigentliche Macht nicht nur innerhalb der kommunistischen Partei, sondern auch innerhalb des kommunistischen Staates, den es unter Kontrolle hält. Entsprechend wichtig ist das Präsidium.

Im ZK werden Abteilungen errichtet, die gewöhnlich einem staatlichen Ministerium entsprechen (»Parteiministerium«). Sie führen und kontrollieren die Tätigkeit der Ministerien (Art. 37).

(Fortsetzung folgt)

Unser Memo

Während der sowjetische Staat im Begriffe ist, seine Nationalitäten einzuschmelzen (siehe Untersuchung), hat er andererseits auf seinem Weg zum Vollkommunismus auch die Tendenz, sich selbst zugunsten einer rein gesellschaftlich genormten Form aufzulösen. Diese alte theoretische Forderung wird vom sowjetischen Parteikader wieder diskutiert, das heisst weniger das Ziel als der Weg zu ihm. Die Forderung auf die Ersetzung der staatlichen Rechtsnormen durch die moralischen, beziehungsweise sozialen Normen der Gesellschaft (Ablösung der Zwangselemente durch die Elemente der Ueberzeugung) bleibt, aber weil die Entwicklung stufenweise zu erfolgen hat, wird die Reihenfolge angegeben: Abbau des Rechtsschutzes und Ausbau der gesellschaftlichen (d.h. legal nicht verantworteten) Disziplin mit verschärften Strafen für jene, die sie brechen. Und damit in der Interpretation der Gesellschaftsnormen keine Anarchie entstehe, wird als sinn-

volle Ergänzung der verstärkte Ausbau der Parteiautorität verlangt.

Diese Gedankengänge entwickelt P. Romaschkin, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, trotz einiger Einkleidung in wohlfahrtsgesellschaftliche Phrasen mit kühler Unverfrorenheit in einem langen Artikel der «Partijna Schisn» (Parteilernen).

Mit einer scharfen Kritik wendet er sich gegen eine seinerzeitige Stellungnahme des 2. Komintern-Kongresses, der 1920 zu diesem Problem erklärt hatte, dass die KP nach absolviertem Kampf um den Kommunismus sich in der Arbeiterklasse völlig auflösen und die ganze Arbeiterklasse als KP gelten werde. Demgegenüber betont Romaschkin: «Parallel mit der Entwicklung zum Vollkommunismus wird die Rolle der KP ständig erweitert, denn sie ist der massgebende Kern (also nicht damit identisch) jeder Gesellschaftsorganisation, beziehungsweise jedes Staatsorgans. Die Erweiterung ihrer Kompetenz ist die Folge der allgemeinen Tendenz, der Ueberzeugung als Organisations- und Kampf-

methode ständig steigende Bedeutung zuzuschreiben» (eine Definition der kommunistischen Ueberzeugung, die im kommunistischen Machtbereich zutrifft). Vorerst hätten Partei und Staat mit dem Verbrechertum aufzuräumen. Und dazu empfiehlt der Verfasser, den gesellschaftlichen Organen mehr Kompetenzen einzuräumen, ohne dass die Befugnisse des Staates beschränkt würden («Bis die historische Aufgabe des Aufbaus des Vollkommunismus nicht gänzlich erfüllt ist, darf man den Staat nicht schwächen»). Was als konkreter Schritt zur Auflösung des Staates vorgeschlagen wird, ist demnach: Der Staat behält seine Ansprüche dem Bürger gegenüber, und der Bürger verliert seine Ansprüche dem Staat gegenüber.

Der Schnappschuss

Innerhalb von vier Tagen kam es in der Mongolei zu folgender drastischen Planverkürzung: Am 5. Juni erklärte Radio Ulan Bator, mit sowjetischer Hilfe werde das Kohlenbergwerk eines neuen technischen Kombines im Gebiet Darhan während der kommenden Fünfjahresperiode elf Millionen Tonnen produzieren. Am 9. Juni vermerkte dann der gleiche Sender, die Kohlenherzeugung dieses Gebietes werde sich in der gleichen Zeitspanne auf nicht ganz eine Million Tonnen belaufen.

«Geheime» Gefängnisse hätten in Bulgarien die aufgehobenen Konzentrationslager abgelöst. Die dort internierten Insassen wären nicht auf Grund von Gerichtsurteilen sondern von «administrativen Massnahmen» hineingelangt. Sie befänden sich bei Lovetsch (was auf Grund übereinstimmender früherer Meldungen bestätigt werden kann) und in Kasitschene in der Nähe von Sofia.

«Ohne Zweifel ist der internationale Tourismus das wirkungsvollste Mittel der Gegenwart zur Festigung der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern und Kontinenten. Sein Beitrag zu diesen Beziehungen ist unschätzbar gross.» («Vansna Targovija», Bulgarien, Juninummer 1961.) Die friedliche Koexistenz ist keine Taktik, sondern die Waffe, mit der die erbarmungslosen, erfahrenen und schlaunen Imperialisten besiegt werden können.» («Dunantuli Naplos», Ungarn, 14. Juni 1961.)

Wenn schon ein Laster unter dem Kommunismus weiterbesteht, muss es einfach andere Gründe haben. «Magyar Nemzet» schreibt: «Obwohl in Ungarn die sozialen Ursachen des Alkoholismus — Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit und Not der Massen — beseitigt wurden, ist es bisher nicht gelungen, der Verbreitung des Alkoholismus Einhalt zu gebieten.»

Gina Lollobrigida verliess die Eröffnungsfeier des sowjetischen Filmfestivals in Moskau, der Chruschtschew und andere hohe Parteileute beiwohnten, gerade vor dem Hauptereignis des Abends, der Vorführung eines Dokumentarfilmes über Gagarins Raumflug. Sie wünschte ein Bad zu nehmen und sich zu wechseln. Chruschtschew und sein Gefolge in der Ehrenloge hätten verblüfft gewirkt, berichtet ein amerikanischer Korrespondent.



Parasiten-Sonderferien im Kolchos

Den Kampf gegen Faulenzer und Parasiten an der Gesellschaft verbindet die letzte Nummer des «Krokodils» mit einer zart getönten ganzseitigen Zeichnung voll unzulässiger Ferienstimmung. Darunter das Gespräch: Was bist Du, Wanja, so traurig gestimmt? — Der Kolchos ist aus den Fugen: Sie wollen mich zur Arbeit zwingen.